Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5718

08. 10. 96

Sachgebiet 925

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Revision des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung

A. Zielsetzung

Der Entwurf verfolgt das Ziel der Umsetzung der geänderten völkerrechtlichen Vereinbarung „Übereinkommen vom 20. März 1958 – Revision 2“ in nationales Recht.

B. Lösung

Das angestrebte Ziel wird durch den vorgelegten Gesetzentwurf (Vertragsgesetz) verwirklicht.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Auswirkungen auf die Haushalte des Bundes, der Länder und der Gemeinden sind nicht zu erwarten.

E. Sonstige Kosten

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das allgemeine Preisniveau ergeben sich nicht.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 920 01 – Kr 22/96

Bonn, den 8. Oktober 1996

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zur Revision des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 702. Sitzung am 27. September 1996 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zur Revision des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der nach Artikel 13 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommenen Revision 2 des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung wird zugestimmt. Die Revision 2 des Übereinkommens wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Verkehr wird ermächtigt, im Rahmen der in § 6 des Straßenverkehrsgesetzes genannten Ziele Regelungen nach Artikel 1 und Änderungen von Regelungen nach Artikel 12 der Revision 2 des Übereinkommens durch Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen; vor ihrem Erlaß sind die zuständigen obersten Landesbehörden zu hören. Die Vorschriften des § 38 Abs. 2 und des § 39 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bleiben unberührt.

Artikel 3

(1) Artikel 2 des Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung vom 12. Juni 1965 (BGBl. 1965 II S. 857), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224), wird aufgehoben.

(2) Das Bundesministerium für Verkehr wird ermächtigt, Änderungen der Vorschriften des Übereinkommens, die nach Artikel 13 des Übereinkommens angenommen worden sind, durch Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Revision 2 des Übereinkommens ist für die Bundesrepublik Deutschland am 16. Oktober 1995 in Kraft getreten.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Übereinkommen vom 20. März 1958 ist nach Artikel 13 des Übereinkommens vom 20. März 1958 geändert worden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist gehalten, die Änderung des Übereinkommens vom 20. März 1958 (Revision 2) in nationales Recht umzusetzen. Da die Änderung (Revision 2) den ursprünglichen Inhalt des Übereinkommens, das mit Gesetz vom 12. Juni 1965 (BGBl. 1965 II S. 857), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224), in nationales Recht umgesetzt wurde, in einer Reihe von Vorschriften mit teilweise grundlegender Bedeutung umgestaltet, erfolgt die Umsetzung in nationales Recht durch Gesetz. Von der Verordnungs-Ermächtigung nach Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 (BGBl. 1965 II S. 857) wird aus diesem Grund kein Gebrauch gemacht.

Die Änderung (Revision 2) des Übereinkommens zielt insbesondere auf

- Ausweitung des Anwendungsbereiches des Übereinkommens auf Radfahrzeuge,
- Straffung des Verfahrens zur Entwicklung neuer und Weiterentwicklung vorhandener Regelungen durch Bildung eines Verwaltungsausschusses, dem alle Vertragsparteien angehören,
- weltweite Harmonisierung der kraftfahrzeugtechnischen Vorschriften durch den möglichen Beitritt der Mitgliedstaaten der ECE sowie anderer UN-Mitgliedstaaten, die nach Artikel 8 der ECE-Geschäftsordnung an den Arbeiten der ECE teilnehmen können, sowie von Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration wie EU,
- schnelle Umsetzung innovativer Entwicklungen der Automobil- und -zubehörindustrie in fahrzeugtechnische Vorschriften als Voraussetzung marktfähiger Fahrzeuge und Fahrzeugkomponenten.

Zu Artikel 2

Artikel 2 ermächtigt die Bundesregierung, die ECE-Regelungen durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen. Da das revidierte Übereinkommen im neuen Artikel 1 für die Regelungen und im neuen Artikel 12 für die Änderungen dieser Regelungen ein grundlegend anderes Verfahren zur Annahme vorsieht – die Regelungen sollen nicht mehr von beliebigen Vertragsparteien erarbeitet und zur Notifizierung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen eingereicht werden, sondern von einem neu zu schaffenden Verwaltungsausschuß –, bedarf es einer neuen Verordnungsermächtigung. Diese Verordnungsermächtigung bezieht sich auf das Inkraftsetzen von Regelungen und ihren Änderungen.

Die zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen notwendigen Anforderungen an die Beschaffenheit, die Ausrüstung, den Betrieb und die Prüfung von Fahrzeugen sind nach § 38 Abs. 2 und § 39 BImSchG sowie § 6 StVG durch das Bundesministerium für Verkehr und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit durch gemeinsame Rechtsverordnungen festzulegen.

Zu Artikel 3

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird Artikel 2 des Vertragsgesetzes zum Übereinkommen von 1958 aufgehoben und eine neue gleichlautende Verordnungsermächtigung aufgenommen.

Zu Artikel 4

Die Vorschrift entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Die Revision 2 des Übereinkommens ist international und für die Bundesrepublik Deutschland am 16. Oktober 1995 in Kraft getreten.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Übereinkommen über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden*)

Revision 2

Agreement Concerning the Adoption of Uniform Technical Prescriptions for Wheeled Vehicles, Equipment and Parts which can be Fitted and/or be Used on Wheeled Vehicles and the Conditions for Reciprocal Recognition of Approvals Granted on the Basis of these Prescriptions*)

Revision 2

Accord concernant l'Adoption de prescriptions techniques uniformes applicables aux véhicules à roues, aux équipements et aux pièces susceptibles d'être montés ou utilisés sur un véhicule à roues et les conditions de reconnaissance réciproque des homologations délivrées conformément à ces prescriptions*)

Révision 2

Preamble

The Contracting Parties,

Having decided to amend the Agreement concerning the Adoption of Uniform Conditions of Approval and Reciprocal Recognition of Approval for Motor Vehicle Equipment and Parts, done at Geneva on 20 March 1958, and

Desiring to define uniform technical prescriptions that it will suffice for certain wheeled vehicles, equipment and parts to fulfil in order to be used in their countries,

Desiring to adopt these prescriptions whenever possible in their countries, and,

*) Former title of the Agreement:
Agreement Concerning the Adoption of Uniform Conditions of Approval and Reciprocal Recognition of Approval for Motor Vehicle Equipment and Parts, done at Geneva on 20 March 1958.

Préambule

Les Parties contractantes,

Ayant décidé de modifier l'Accord concernant l'Adoption de conditions uniformes d'homologation et la reconnaissance réciproque de l'homologation des équipements et pièces de véhicules à moteur, en date, à Genève, du 20 mars 1958, et

Désireuses de définir des prescriptions techniques uniformes qu'il suffira à certains véhicules à roues, à certains équipements et à certaines pièces de remplir pour être utilisés dans leur pays,

Désireuses de faire adopter ces prescriptions dans leur pays, chaque fois que cela sera possible, et

*) Ancien titre de l'Accord:
Accord concernant l'Adoption de conditions uniformes d'homologation et la reconnaissance réciproque de l'homologation des équipements et pièces de véhicules à moteur, en date, à Genève, du 20 mars 1958.

(Übersetzung)[1])

Präambel

Die Vertragsparteien –

entschlossen, das Genfer Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung zu ändern,

in dem Bestreben, einheitliche technische Vorschriften für bestimmte Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile als Mindestanforderungen festzulegen, die für die Verwendung in ihren Ländern erfüllt sein müssen,

in dem Bestreben, diese Vorschriften nach Möglichkeit in ihren Ländern anzunehmen, und

*) Früherer Titel des Übereinkommens:
Übereinkommen über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung, abgeschlossen am 20. März 1958 in Genf.

[1]) Entsprechend dem Protokoll vom 3. Februar 1995 über die Besprechung der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Herstellung einer einheitlichen deutschen Übersetzung.

Desiring to facilitate the use in their countries of the vehicles, equipment and parts, where approved according to these prescriptions by the competent authorities of another Contracting Party,

Have agreed as follows:

Article 1

1. The Contracting Parties shall establish through an Administrative Committee made up of all the Contracting Parties in conformity with the rules of procedure set out in Appendix 1 and on the basis of the following articles and paragraphs, Regulations for wheeled vehicles, equipment and parts which can be fitted and/or be used on wheeled vehicles. Where necessary the technical requirements will include alternatives and when possible they will be performance oriented and include test methods. Conditions for granting type approvals and their reciprocal recognition will be included for use by Contracting Parties who choose to implement Regulations through type approval.

For the purposes of this Agreement:

The term "wheeled vehicles, equipment and parts" shall include any wheeled vehicles, equipment and parts whose characteristics have a bearing on road safety, protection of the environment and energy saving;

The term "type approval pursuant to a Regulation" indicates an administrative procedure by which the competent authorities of one Contracting Party declare, after carrying out the required verifications, that a vehicle, equipment or parts submitted by the manufacturer conform to the requirements of the given Regulation. Afterwards the manufacturer certifies that each vehicle, equipment or parts put on the market were produced to be identical with the approved product.

For the application of the Regulations there could be various administrative procedures alternative to type approval. The only alternative procedure generally known and applied in certain Member States of the Economic Commission for Europe is the self-certification by which the manufacturer certifies, without any preliminary administrative control, that each product put on the market conforms to the given Regulation; the competent administrative authorities may verify by random sampling on the market that the self-certified products comply with the requirements of the given Regulation.

2. The Administrative Committee shall be composed of all the Contracting Parties in

Désireuses de faciliter l'utilisation dans leur pays des véhicules, équipements et pièces ainsi homologués conformément à ces prescriptions par les autorités compétentes d'une autre Partie contractante,

Sont convenues de ce qui suit:

Article premier

1. Les Parties contractantes établissent, par l'intermédiaire d'un Comité d'administration composé de toutes les Parties contractantes conformément au règlement intérieur reproduit à l'appendice 1, et sur la base des dispositions des articles et paragraphes suivants, des règlements concernant les véhicules à roues, les équipements et les pièces susceptibles d'être montés ou utilisés sur un véhicule à roues. Lorsqu'il y a lieu, les prescriptions techniques comportent des variantes et, dans la mesure du possible, elles sont axées sur les performances et prévoient des méthodes d'essai. Des conditions concernant l'octroi d'homologations de type et leur reconnaissance réciproque sont prévues à l'usage des Parties contractantes ayant décidé d'appliquer des règlements par le système d'homologation de type.

Au sens du présent Accord,

Les termes «véhicules à roues, équipements et pièces» recouvrent tous véhicules à roues, équipements et pièces dont les caractéristiques ont un rapport avec la sécurité routière, la protection de l'environnement et les économies d'énergie;

Le terme «homologation de type en regard d'un règlement» désigne la procédure administrative par laquelle les autorités compétentes d'une Partie contractante déclarent, après avoir effectué les vérifications requises, qu'un véhicule, un équipement ou une pièce présenté par son constructeur est conforme aux spécifications du règlement considéré. Le constructeur certifie ensuite que chaque véhicule, équipement ou pièce qu'il met sur le marché a été fabriqué à l'identique du produit homologué.

On peut imaginer pour l'application des règlements de nombreuses procédures administratives alternatives à l'homologation de type. La seule procédure alternative notoirement connue et appliquée dans certains Etats membres de la Commission économique pour l'Europe est celle de l'autocertification par laquelle le constructeur certifie, sans aucun contrôle administratif préalable, que chaque produit qu'il met sur le marché est conforme au règlement considéré; les autorités administratives compétentes peuvent vérifier, par prélèvement au hasard sur le marché, que les produits autocertifiés sont bien conformes au règlement considéré.

2. Le Comité d'administration est composé de toutes les Parties contractantes,

in dem Bestreben, in ihren Ländern die Verwendung der nach diesen Vorschriften von den zuständigen Behörden einer anderen Vertragspartei genehmigten Fahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile zu erleichtern –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien setzen mittels eines Verwaltungsausschusses, dem nach den Verfahrensregeln nach Anhang 1 alle Vertragsparteien angehören, aufgrund der nachstehenden Artikel und Absätze Regelungen fest für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können. Gegebenenfalls enthalten die technischen Vorschriften Alternativen, nach Möglichkeit sind sie wirkungsorientiert und umfassen Prüfverfahren. Bedingungen für die Erteilung von Typgenehmigungen und ihre gegenseitige Anerkennung werden für die Vertragsparteien aufgenommen, die Regelungen im Wege der Typgenehmigung anwenden wollen.

Im Sinne dieses Übereinkommens

bezeichnet der Ausdruck „Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile" alle Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, deren Merkmale einen Einfluß auf die Straßenverkehrssicherheit, den Umweltschutz und das Energiesparen haben;

bezeichnet die Benennung „Typgenehmigung nach einer Regelung" ein verwaltungstechnisches Verfahren, nach dem die zuständigen Behörden einer Vertragspartei, nachdem sie die vorgeschriebenen Nachprüfungen durchgeführt haben, erklären, daß ein Fahrzeug, ein Ausrüstungsgegenstand oder Teile, die vom Hersteller vorgeführt worden sind, den Vorschriften der betreffenden Regelung entsprechen. Anschließend bescheinigt der Hersteller, daß alle auf den Markt gebrachten Fahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile so beschaffen sind, daß sie dem genehmigten Produkt entsprechen.

Die Regelungen können nach verschiedenen verwaltungstechnischen Verfahren als Alternativen zur Typgenehmigung angewendet werden. Das einzige allgemein bekannte und in einigen Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission für Europa angewandte alternative Verfahren ist die Selbstzertifizierung, bei der der Hersteller ohne vorherige behördliche Kontrolle bescheinigt, daß jedes auf den Markt gebrachte Produkt der betreffenden Regelung entspricht; die zuständigen Verwaltungsbehörden können mit Hilfe von Zufallsstichproben auf dem Markt nachprüfen, ob die selbstzertifizierten Produkte den Vorschriften der betreffenden Regelung entsprechen.

(2) Dem Verwaltungsausschuß gehören nach den in Anhang 1 aufgeführten Verfah-

accordance with the rules of procedure set out in Appendix 1. A Regulation, after having been established in accordance with the procedure indicated in Appendix 1, shall be communicated by the Administrative Committee to the Secretary-General of the United Nations, hereinafter called "Secretary-General". As soon as possible thereafter the Secretary-General shall give notification of this Regulation to the Contracting Parties.

The Regulation will be considered as adopted unless, within a period of six months from its notification by the Secretary-General, more than one-third of the Contracting Parties at the time of notification have informed the Secretary-General of their disagreement with the Regulation.

The Regulation shall cover the following:

(a) Wheeled vehicles, equipment or parts concerned;

(b) Technical requirements, which if necessary may include alternatives;

(c) Test methods by which any performance requirements are to be demonstrated;

(d) Conditions for granting type approval and their reciprocal recognition including any approval markings and conditions for ensuring conformity of production;

(e) The date(s) on which the Regulation enters into force.

The Regulation may, if needed, include references to the laboratories accredited by the competent authorities where acceptance tests of the types of wheeled vehicles, equipment or parts submitted for approval must be carried out.

3. When a Regulation has been adopted the Secretary-General shall so notify as soon as possible all the Contracting Parties, specifying which Contracting Parties have objected and in respect of which the Regulation shall not enter into force.

4. The adopted Regulation shall enter into force on the date(s) specified therein as a Regulation annexed to this Agreement for all Contracting Parties which did not notify their disagreement.

5. When depositing its instrument of accession, any new Contracting Party may declare that it is not bound by certain Regulations then annexed to this Agreement or that it is not bound by any of them. If, at that time, the procedure laid down in paragraphs 2, 3 and 4 of this Article is in progress for a draft or adopted Regulation, the Secretary-General shall communicate such draft or adopted Regulation to the new Contracting Party and it shall enter into force as a Regulation for the new Contracting Party only under the conditions specified in para-

conformément au règlement intérieur reproduit à l'appendice 1. Après l'établissement d'un règlement conformément à la procédure indiquée dans l'appendice 1, le Comité d'administration en communique le texte au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, ci-après dénommé «Secrétaire général». Le Secrétaire général notifie ensuite, le plus tôt possible, ce règlement aux Parties contractantes.

Le règlement est réputé adopté sauf si, pendant la période de six mois suivant la date de notification par le Secrétaire général, plus d'un tiers des Parties contractantes à la date de la notification ont informé le Secrétaire général de leur désaccord avec le règlement.

Le règlement précise:

(a) les véhicules à roues, les équipements ou les pièces visés;

(b) les prescriptions techniques qui, s'il y a lieu, comprennent des variantes;

(c) les méthodes d'essais prévues pour démontrer que les performances satisfont aux prescriptions;

(d) les conditions régissant l'octroi de l'homologation de type et leur reconnaissance réciproque y compris, le cas échéant, les marques d'homologation, et les conditions visant à assurer la conformité de la production;

(e) la date ou les dates de l'entrée en vigueur du règlement.

Le règlement peut, le cas échéant, mentionner des références aux laboratoires accrédités par les autorités compétentes, où les essais de réception des types d'équipements et de pièces de véhicules à roues présentés à l'homologation doivent être effectués.

3. Après l'adoption d'un règlement, le Secrétaire général notifie le plus tôt possible toutes les Parties contractantes et indique, quelles sont celles qui ont fait objection et pour lesquelles ce règlement n'entrera pas en vigueur.

4. Le règlement adopté entre en vigueur à l'égard de toutes les Parties contractantes qui n'ont pas donné notification de leur désaccord, à la date ou aux dates qui y ont été précisées, en tant que règlement formant annexe au présent Accord.

5. Au moment où elle dépose son instrument d'adhésion, toute nouvelle Partie contractante peut déclarer n'être pas liée par certains règlements annexés au présent Accord ou n'être liée par aucun d'entre eux. Si, à ce moment, la procédure prévue par les paragraphes 2, 3, et 4 du présent article est en cours pour un projet de règlement ou un règlement adopté, le Secrétaire général communique ce projet à la nouvelle Partie contractante et le projet n'entre en vigueur comme règlement à l'égard de cette nouvelle Partie contractante que dans les

rensregeln alle Vertragsparteien an. Eine nach dem Verfahren in Anhang 1 erarbeitete Regelung wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, im folgenden „Generalsekretär" genannt, vom Verwaltungsausschuß zugeleitet. Danach übermittelt der Generalsekretär den Vertragsparteien diese Regelung so schnell wie möglich.

Die Regelung gilt als angenommen, sofern nicht innerhalb von sechs Monaten nach Übermittlung durch den Generalsekretär mehr als ein Drittel der Vertragsparteien zum Zeitpunkt der Übermittlung dem Generalsekretär mitgeteilt haben, daß sie der Regelung nicht zustimmen.

Die Regelung hat folgende Angaben zu enthalten:

a) Angaben über die betreffenden Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile;

b) technische Vorschriften, die gegebenenfalls Alternativen umfassen können;

c) Prüfverfahren, mit denen die Erfüllung von Leistungsanforderungen nachzuweisen ist;

d) Bedingungen für die Erteilung von Typgenehmigungen und ihre gegenseitige Anerkennung sowie Genehmigungszeichen und Bedingungen für die Gewährleistung der Übereinstimmung der Produktion;

e) das Datum (die Daten) des Inkrafttretens der Regelung.

Die Regelung kann gegebenenfalls Hinweise auf die von den zuständigen Behörden anerkannten Prüfstellen enthalten, bei denen die Typprüfungen an Radfahrzeugen, Ausrüstungsgegenständen oder Teilen durchzuführen sind.

(3) Ist eine Regelung angenommen, so notifiziert der Generalsekretär dies so schnell wie möglich allen Vertragsparteien und teilt ihnen mit, welche Vertragsparteien Einwendungen erhoben haben beziehungsweise für welche Vertragsparteien die Regelung nicht in Kraft tritt.

(4) Die angenommene Regelung tritt an dem (den) darin genannten Datum (Daten) als eine diesem Übereinkommen angeschlossene Regelung für alle Vertragsparteien in Kraft, die nicht notifiziert haben, daß sie ihr nicht zustimmen.

(5) Bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde kann jede neue Vertragspartei erklären, daß einige oder alle der dem Übereinkommen zu dieser Zeit angeschlossenen Regelungen für sie nicht verbindlich sind. Läuft zu dieser Zeit das in den Absätzen 2, 3 und 4 vorgesehene Verfahren für einen Regelungsentwurf oder eine angenommene Regelung, so leitet der Generalsekretär diesen Entwurf oder diese angenommene Regelung der neuen Vertragspartei zu, und der Entwurf oder die angenommene Regelung tritt als Regelung für die neue Vertrags-

graph 4 of this Article. The Secretary-General shall notify all the Contracting Parties of the date of such entry into force. The Secretary-General shall also communicate to them all declarations concerning the non-application of certain Regulations that any Contracting Party may make in accordance with the terms of this paragraph.

6. Any Contracting Party applying a Regulation may at any time notify the Secretary-General, subject to one year's notice, that its administration intends to cease applying it. Such notification shall be communicated by the Secretary-General to the other Contracting Parties.

Approvals granted shall remain valid until their withdrawal;

If a Contracting Party ceases to issue approvals to a Regulation it shall:

Maintain proper supervision on conformity of production of products for which it previously granted type approval;

Take the necessary steps set out in Article 4 when advised of non-conformity by a Contracting Party that continues to apply the Regulation;

Continue to notify the competent authorities of other Contracting Parties of withdrawal of approvals as set out in Article 5;

Continue to grant extensions to existing approvals.

7. Any Contracting Party not applying a Regulation may at any time notify the Secretary-General that it intends henceforth to apply it, and the Regulation will then enter into force for this Party on the sixtieth day after this notification. The Secretary-General shall notify all the Contracting Parties of every entry into force of a Regulation for a new Contracting Party effected in accordance with the terms of this paragraph.

8. The Contracting Parties for which a Regulation is in force shall hereinafter be referred to as "the Contracting Parties applying a Regulation".

Article 2

Each Contracting Party applying Regulations largely through type approval shall grant the type approvals and approval markings described in any Regulation for the types of wheeled vehicles, equipment or parts covered by the Regulation, provided that it has the technical competence and is satisfied with the arrangements for ensuring conformity of the product with the approved type as set out in Appendix 2. Each Contracting Party applying a Regulation through type approval shall refuse the type approvals and approval markings covered by

conditions prévues au paragraphe 4 du présent article. Le Secrétaire général communique à toutes les Parties contractantes la date de cette entrée en vigueur. Il leur communique également toutes les déclarations des Parties contractantes concernant la non-application de certains règlements qui sont faites en application du présent paragraphe.

6. Toute Partie contractante appliquant un règlement peut, à tout moment, avec préavis d'un an, notifier au Secrétaire général que son administration cesse d'appliquer ce règlement. Cette notification est communiquée par le Secrétaire général aux autres Parties contractantes.

Une fois accordées, les homologations restent en vigueur jusqu'au moment de leur retrait.

Si une Partie contractante cesse de délivrer des homologations au titre d'un règlement, elle a les obligations suivantes:

Maintenir des conditions convenables pour le contrôle de la fabrication de produits pour lesquels elle a accordé jusque-là des homologations de type;

Prendre lés mesures nécessaires énoncées à l'article 4 quand elle est avisée qu'il y a non-conformité par une Partie contractante qui continue à appliquer le règlement;

Continuer à notifier les autorités compétentes des autres Parties contractantes du retrait des homologations comme indiqué à l'article 5;

Continuer d'accorder des extensions concernant les homologations existantes.

7. Toute Partie contractante n'appliquant pas un règlement peut à tout moment notifier au Secrétaire général qu'elle entend désormais l'appliquer, et le règlement entre alors en vigueur à son égard le soixantième jour faisant suite à cette notification. Le Secrétaire général notifie à toutes les Parties contractantes toute entrée en vigueur d'un règlement à l'égard d'une nouvelle Partie contractante intervenant en application du présent paragraphe.

8. Dans la suite du présent Accord, on appellera «Parties contractantes appliquant un règlement» les Parties contractantes à l'égard desquelles ce règlement est en vigueur.

Article 2

Chaque Partie contractante qui, dans l'application de règlements, utilise principalement le système d'homologation de type accorde les marques d'homologation de type et les marques d'homologation décrites dans tout règlement pour ce qui est des types de véhicules à roues, des équipements et des pièces visés par ce règlement, à condition qu'elle dispose des compétences techniques requises et soit satisfaite des dispositions visant à assurer la conformité de la production au type homologué telles que définies à l'appendice 2. Chaque

partei nur unter den in Absatz 4 vorgesehenen Bedingungen in Kraft. Der Generalsekretär notifiziert allen Vertragsparteien den Tag dieses Inkrafttretens. Außerdem teilt der Generalsekretär ihnen alle aufgrund dieses Absatzes abgegebenen Erklärungen der Vertragsparteien über die Nichtanwendung bestimmter Regelungen mit.

(6) Jede Vertragspartei, die eine Regelung anwendet, kann dem Generalsekretär jederzeit mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr notifizieren, daß ihre Verwaltung diese Regelung nicht mehr anwenden will. Diese Notifikation wird den anderen Vertragsparteien vom Generalsekretär bekanntgegeben.

Erteilte Genehmigungen bleiben bis zu ihrer Zurücknahme gültig.

Stellt eine Vertragspartei die Erteilung von Genehmigungen nach einer Regelung ein, so muß sie

die ordnungsgemäße Überwachung der Übereinstimmung der Produktion bei Produkten fortsetzen, für die sie vorher eine Typgenehmigung erteilt hat;

die in Artikel 4 genannten notwendigen Maßnahmen ergreifen, wenn sie von einer Vertragspartei, die die Regelung weiterhin anwendet, von Abweichungen in der Produktion benachrichtigt wird;

weiterhin die zuständigen Behörden anderer Vertragsparteien von der Zurücknahme von Genehmigungen nach den Vorschriften des Artikels 5 benachrichtigen;

weiterhin Erweiterungen zu bestehenden Genehmigungen bewilligen.

(7) Jede Vertragspartei, die eine Regelung nicht anwendet, kann dem Generalsekretär jederzeit notifizieren, daß sie diese von nun an anwenden will, und die Regelung tritt dann für diese Vertragspartei am sechzigsten Tag nach dieser Notifikation in Kraft. Der Generalsekretär notifiziert allen Vertragsparteien jeden Fall, in dem eine Regelung für eine neue Vertragspartei aufgrund dieses Absatzes in Kraft tritt.

(8) Im folgenden werden mit „Vertragsparteien, die eine Regelung anwenden" die Vertragsparteien bezeichnet, für die diese Regelung wirksam ist.

Artikel 2

Jede Vertragspartei, die Regelungen größtenteils im Rahmen der Typgenehmigung anwendet, erteilt die Typgenehmigungen für die in der Regelung vorgesehenen Typen der Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile und teilt Genehmigungszeichen entsprechend der Beschreibung in jeder Regelung zu, wenn sie über die technische Zuständigkeit verfügt und die in Anhang 2 wiedergegebenen Regelungen für die Gewährleistung der Übereinstimmung der Produktion mit dem genehmigten Typ für ausreichend erachtet. Jede Ver-

the Regulation if the above-mentioned conditions are not complied with.

Article 3

Wheeled vehicles, equipment or parts for which type approvals have been issued by a Contracting Party in accordance with Article 2 of this Agreement and manufactured either in the territory of a Contracting Party applying the Regulation concerned, or in such other country as is designated by the Contracting Party which has duly approved the types of wheeled vehicles, equipment or parts concerned shall be held to be in conformity with the legislation of all the Contracting Parties applying the said Regulation through type approval.

Article 4

Should the competent authorities of a Contracting Party applying a Regulation through type approval find that certain wheeled vehicles, equipment or parts bearing approval markings issued under the said Regulation by one of the Contracting Parties, do not conform to the approved types, they shall advise the competent authorities of the Contracting Party which issued the approval. That Contracting Party shall take the necessary steps to bring the products of those manufacturers into conformity with the approved types and shall advise the other Contracting Parties applying the Regulation through type approval of the steps it has taken, which may include, if necessary, the withdrawal of approval. Where there might be a threat to road safety or to the environment, the Contracting Party which issued the approval and after receiving the information about the non-conformity to the approved type(s) shall inform thereof all other Contracting Parties about the situation. Contracting Parties may prohibit the sale and use of such wheeled vehicles, equipment or parts in their territory.

Article 5

The competent authorities of each Contracting Party applying Regulations through type approval shall send monthly to the competent authorities of the other Contracting Parties a list of the wheeled vehicle, equipment or parts, approvals of which it has refused to grant or has withdrawn during that month; in addition, on receiving a request from the competent authority of another Contracting Party applying a Regulation through type approval, it shall send forthwith to that competent authority a copy of all relevant information on which it based

Partie contractante appliquant un règlement par le système d'homologation de type refuse les marques d'homologation de type et d'homologation prévues dans ce règlement si les conditions ci-dessus ne sont pas remplies.

Article 3

Les véhicules à roues, les équipements et les pièces pour lesquels des homologations de type ont été délivrées par une Partie contractante conformément à l'article 2 du présent Accord et fabriqués sur le territoire soit d'une Partie contractante appliquant le règlement en cause soit d'un autre pays désigné par la Partie contractante qui a procédé à l'homologation des types de véhicules à roues, d'équipements ou de pièces en cause sont considérés comme conformes à la législation de toutes les Parties contractantes appliquant ledit règlement.

Article 4

Si les autorités compétentes d'une Partie contractante appliquant un règlement par le système d'homologation de type constatent que certains véhicules à roues, équipements ou pièces portant les marques d'homologation délivrées en vertu de ce règlement par l'une des Parties contractantes ne sont pas conformes au type homologué, elles en avisent les autorités compétentes de la Partie contractante qui a délivré l'homologation. Cette Partie contractante prend alors les mesures nécessaires pour rétablir la conformité de la fabrication aux types homologués et avise les autres Parties contractantes qui appliquent le règlement par le système d'homologation de type des mesures prises à cet effet, mesures qui peuvent s'étendre, le cas échéant, jusqu'au retrait de l'homologation. Quand la sécurité de la circulation routière ou l'environnement risquent d'être compromis, la Partie contractante qui a délivré l'homologation, après avoir été informée de la non-conformité au(x) type(s) homologué(s), avise toutes les autres Parties contractantes de la situation. Ces dernières peuvent interdire la vente et l'usage sur leur territoire des véhicules à roues, équipements ou pièces en cause.

Article 5

Les autorités compétentes de toute Partie contractante qui applique un règlement par le système d'homologation de type envoient chaque mois aux autorités compétentes des autres Parties contractantes une liste des homologations des véhicules à roues, des équipements ou des pièces qu'elle a refusé d'accorder ou retirées pendant le mois considéré; en outre, lorsqu'elles ont reçu une demande provenant de l'Autorité compétente d'une autre Partie contractante appliquant un règlement conforme au système d'homologation de type, elles envoient

tragspartei, die eine Regelung im Rahmen der Typgenehmigung anwendet, verweigert die Erteilung von Typgenehmigungen und die Zuteilung von Genehmigungszeichen nach der Regelung, wenn die vorstehenden Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Artikel 3

Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile, für die von einer Vertragspartei Typgenehmigungen nach Artikel 2 erteilt wurden und die entweder im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die die betreffende Regelung anwendet, oder in einem anderen Land hergestellt worden sind, das von der Vertragspartei benannt worden ist, die die Typen der betreffenden Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile ordnungsgemäß genehmigt hat, gelten als übereinstimmend mit den Vorschriften aller Vertragsparteien, die diese Regelung im Rahmen der Typgenehmigung anwenden.

Artikel 4

Stellen die zuständigen Behörden einer Vertragspartei, die eine Regelung im Rahmen der Typgenehmigung anwendet, fest, daß bestimmte Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile mit Genehmigungszeichen, die von einer der Vertragsparteien nach dieser Regelung zugeteilt worden sind, den genehmigten Typen nicht entsprechen, so benachrichtigen sie davon die zuständigen Behörden der Vertragspartei, die die Genehmigung erteilt hat. Diese Vertragspartei ergreift die notwendigen Maßnahmen, um zu erreichen, daß die Produkte dieser Hersteller den genehmigten Typen entsprechen, und setzt die anderen Vertragsparteien, die die Regelung im Rahmen der Typgenehmigung anwenden, von den zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen in Kenntnis; diese Maßnahmen können nötigenfalls bis zur Zurücknahme der Genehmigung führen. Ist die Straßenverkehrssicherheit oder die Umwelt möglicherweise gefährdet, so unterrichtet die Vertragspartei, die die Genehmigung erteilt hat, nach Erhalt der Mitteilung über die Abweichung von dem genehmigten Typ (den genehmigten Typen) hierüber alle anderen Vertragsparteien. Die Vertragsparteien können den Verkauf und die Verwendung der betreffenden Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile in ihrem Hoheitsgebiet untersagen.

Artikel 5

Die zuständigen Behörden jeder Vertragspartei, die die Regelungen im Rahmen der Typgenehmigung anwendet, übersenden den zuständigen Behörden der anderen Vertragsparteien monatlich eine Liste der Genehmigungen von Radfahrzeugen, Ausrüstungsgegenständen oder Teilen, die sie in dem Monat versagt oder zurückgenommen haben; darüber hinaus übersenden sie auf Ersuchen der zuständigen Behörde einer anderen Vertragspartei, die eine Regelung im Rahmen der Typgenehmigung anwendet, dieser zuständigen Behör-

its decision to grant, refuse to grant, or to withdraw an approval of a wheeled vehicle, equipment or parts to that Regulation.

immédiatement à cette Autorité compétente un exemplaire de tous les documents d'information pertinents sur lesquels elles ont fondé leur décision d'accorder, de refuser d'accorder ou de retirer l'homologation concernant un véhicule à roues, un équipement ou une pièce relevant dudit règlement.

de unverzüglich alle wichtigen Informationen, auf die sie sich bei ihrer Entscheidung hinsichtlich der Erteilung, Versagung oder Zurücknahme einer Genehmigung für ein Radfahrzeug, Ausrüstungsgegenstände oder Teile nach dieser Regelung gestützt hat.

Article 6

1. Countries members of the Economic Commission for Europe, countries admitted to the Commission in a consultative capacity in accordance with paragraph 8 of the Commission's Terms of Reference, and regional economic integration organizations set up by countries members of the Economic Commission for Europe to which their Member States have transferred powers in the fields covered by this Agreement, including the power to make binding decisions on their Member States, may become Contracting Parties to this Agreement.

For the determination of the number of votes referred to in Article 1, paragraph 2 and in Article 12, paragraph 2, regional economic integration organizations vote with the number of votes of their Member States being members of the Economic Commission for Europe.

2. Countries Members of the United Nations as may participate in certain activities of the Economic Commission for Europe in accordance with Paragraph 11 of the Commission's Terms of Reference and regional economic integration organizations of such countries to which their Member States have transferred powers in the fields covered by this Agreement including power to make binding decisions on their Member States may become Contracting Parties to this Agreement.

For the determination of the number of votes referred to in Article 1, paragraph 2 and in Article 12, paragraph 2, regional economic integration organizations vote with the number of votes of their Member States being Members of the United Nations.

3. Accession to the amended Agreement by new Contracting Parties which are not Parties to the 1958 Agreement shall be effected by the deposit of an instrument with the Secretary-General, after the entry into force of the amended Agreement.

Article 6

1. Les Etats membres de la Commission économique pour l'Europe, les Etats admis à la Commission à titre consultatif conformément au paragraphe 8 du mandat de la Commission et les organisations d'intégration économique régionale créées par des Etats membres de la Commission économique pour l'Europe, auxquelles leurs Etats membres ont transféré des compétences dans les domaines visés par le présent Accord, notamment pour prendre des décisions ayant force obligatoire pour ces Etats, peuvent devenir Parties contractantes au présent Accord.

Pour le calcul du nombre de voix aux fins de l'article premier, paragraphe 2, et de l'article 12, paragraphe 2, les organisations d'intégration économique régionale disposent d'un nombre de voix égal au nombre de leurs Etats membres qui sont membres de la Commission économique pour l'Europe.

2. Les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies susceptibles de participer à certains travaux de la Commission économique pour l'Europe en application du paragraphe 11 du mandat de cette Commission et les organisations d'intégration économique régionale auxquelles ces états, qui en sont des Etats membres, ont transféré des compétences dans les domaines couverts par le présent Accord, notamment pour prendre des décisions ayant force obligatoire à leur égard, peuvent devenir Parties contractantes au présent Accord.

Pour le calcul du nombre de voix aux fins de l'article premier, paragraphe 2, et de l'article 12, paragraphe 2, les organisations d'intégration économique régionale disposent d'un nombre de voix égal au nombre de leurs Etats membres qui sont Membres de l'Organisation des Nations Unies.

3. L'adhésion à l'Accord amendé de nouvelles Parties contractantes qui ne sont pas Parties à l'Accord de 1958 s'opère par le dépôt d'un instrument auprès du Secrétaire général, après l'entrée en vigueur de l'Accord amendé.

Artikel 6

(1) Die Mitgliedsländer der Wirtschaftskommission für Europa, Länder, die nach Absatz 8 der Geschäftsordnung dieser Kommission in beratender Eigenschaft zur Kommission zugelassen sind, und Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration, die von Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission für Europa gegründet wurden und denen ihre Mitgliedstaaten Befugnisse in den Bereichen, die Gegenstand dieses Übereinkommens sind, einschließlich der Befugnis, für ihre Mitgliedstaaten verbindliche Entscheidungen zu treffen, übertragen haben, können Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden.

Zur Ermittlung der Stimmenzahl nach Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 12 Absatz 2 stimmen Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration mit der Stimmenzahl ihrer Mitgliedstaaten ab, die der Wirtschaftskommission für Europa angehören.

(2) Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die sich nach Absatz 11 der Geschäftsordnung der Wirtschaftskommission für Europa an bestimmten Arbeiten dieser Kommission beteiligen können, und Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration dieser Länder, denen ihre Mitgliedstaaten Befugnisse in den Bereichen, die Gegenstand dieses Übereinkommens sind, einschließlich der Befugnis, für ihre Mitgliedstaaten verbindliche Entscheidungen zu treffen, übertragen haben, können Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden.

Zur Ermittlung der Stimmenzahl nach Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 12 Absatz 2 stimmen Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration mit der Stimmenzahl ihrer Mitgliedstaaten ab, die den Vereinten Nationen angehören.

(3) Der Beitritt zu dem geänderten Übereinkommen von Ländern von neuen Vertragsparteien, die nicht Vertragsparteien des Übereinkommens von 1958 sind, erfolgt nach Inkrafttreten des geänderten Übereinkommens durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär.

Article 7

1. The amended Agreement shall be deemed to enter into force nine months after the date of its transmission by the Secretary-General to all the Contracting Parties to the 1958 Agreement.

2. The amended Agreement shall be deemed not to enter into force if any objection from the Contracting Parties to the 1958

Article 7

1. L'Accord amendé sera réputé entrer en vigueur neuf mois après la date de sa transmission par le Secrétaire général à toutes les Parties contractantes à l'Accord de 1958.

2. L'Accord amendé sera réputé ne pas être entré en vigueur si une objection quelconque des Parties contractantes à l'Accord

Artikel 7

(1) Das geänderte Übereinkommen tritt neun Monate nach dem Datum der Übersendung an alle Vertragsparteien des Übereinkommens von 1958 durch den Generalsekretär in Kraft.

(2) Das geänderte Übereinkommen gilt als nicht in Kraft getreten, wenn von den Vertragsparteien des Übereinkommens von

Agreement is expressed within a period of six months following the date of its transmission to them by the Secretary-General.

3. For any new Contracting Party acceding to this amended Agreement, this amended Agreement shall enter into force on the sixtieth day after the deposit of the instrument of accession.

Article 8

1. Any Contracting Party may denounce this Agreement by notifying the Secretary-General.

2. Denunciation shall take effect twelve months after the date of receipt by the Secretary-General of such notification.

Article 9

1. Any new Contracting Party as defined in Article 6 of this Agreement may, at the time of accession or at any time thereafter, declare by notification addressed to the Secretary-General that this Agreement shall extend to all or any of the territories for whose international relations it is responsible. The Agreement shall extend to the territory or territories named in the notification as from the sixtieth day after its receipt by the Secretary-General.

2. Any new Contracting Party as defined in Article 6 of this Agreement which has made a declaration in accordance with paragraph 1 of this Article extending this Agreement to any territory for whose international relations it is responsible may denounce the Agreement separately in respect of that territory, in accordance with the provisions of Article 8.

Article 10

1. Any dispute between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, so far as possible, be settled by negotiation between them.

2. Any dispute which is not settled by negotiation shall be submitted to arbitration if any one of the Contracting Parties in dispute so requests and shall be referred accordingly to one or more arbitrators selected by agreement between the Parties in dispute. If within three months from the date of the request for arbitration the Parties in dispute are unable to agree on the selection of an arbitrator or arbitrators, any of those Parties may request the Secretary-General to nominate a single arbitrator to whom the dispute shall be referred for decision.

3. The decision of the arbitrator or arbitrators appointed in accordance with paragraph 2 of this Article shall be binding on the contracting Parties in dispute.

de 1958 est exprimée dans un délai de six mois après la date à laquelle le Secrétaire général le leur a transmis.

3. Pour toute nouvelle Partie contractante qui y adhère, l'Accord amendé entre en vigueur le soixantième jour qui suit le dépôt de l'instrument d'adhésion.

Article 8

1. Toute Partie contractante peut dénoncer le présent Accord par notification adressée au Secrétaire général.

2. La dénonciation prend effet douze mois après la date à laquelle le Secrétaire général en a reçu notification.

Article 9

1. Toute nouvelle Partie contractante aux termes de l'article 6 du présent Accord peut, lors de son adhésion ou à tout moment ultérieur, déclarer par notification adressée au Secrétaire général que le présent Accord est applicable à tout ou partie des territoires qu'elle représente sur le plan international. L'Accord est alors applicable au territoire ou aux territoires mentionnés dans la notification à dater du soixantième jour après réception de cette notification par le Secrétaire général.

2. Toute nouvelle Partie contractante aux termes de l'article 6 du présent Accord qui a fait, conformément au paragraphe 1 du présent article, une déclaration ayant pour effet de rendre le présent Accord applicable à un territoire qu'elle représente sur le plan international peut, conformément à l'article 8, dénoncer l'Accord en ce qui concerne ledit territoire.

Article 10

1. Tout différend entre deux ou plusieurs Parties contractantes touchant l'interprétation ou l'application du présent Accord est, autant que possible, réglé par voie de négociation entre les Parties en litige.

2. Tout différend qui n'a pas été réglé par voie de négociation est soumis à l'arbitrage si l'une quelconque des Parties contractantes en litige le demande et est en conséquence, renvoyé à un ou plusieurs arbitres choisis d'un commun accord par les Parties en litige. Si, dans les trois mois à dater de la demande d'arbitrage, les Parties en litige n'arrivent pas à s'entendre sur le choix d'un arbitre ou des arbitres, l'une quelconque de ces Parties peut demander au Secrétaire général de désigner un arbitre unique devant lequel le différend sera renvoyé pour décision.

3. La sentence de l'arbitre ou des arbitres désignés conformément au paragraphe 2 du présent article est obligatoire pour les Parties contractantes en litige.

1958 innerhalb von sechs Monaten im Anschluß an das Datum der Übersendung durch den Generalsekretär Einwände vorgebracht werden.

(3) Für jede neue Vertragspartei, die diesem geänderten Übereinkommen beitritt, tritt dieses geänderte Übereinkommen am sechzigsten Tag nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen durch Notifikation an den Generalsekretär kündigen.

(2) Die Kündigung wird zwölf Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 9

(1) Jede neue Vertragspartei nach Artikel 6 kann bei ihrem Beitritt oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch eine Notifikation an den Generalsekretär erklären, daß dieses Übereinkommen für alle oder einen Teil der Gebiete gelten soll, deren internationale Beziehungen sie wahrnimmt. Das Übereinkommen wird für das Gebiet oder die Gebiete, die in der Notifikation genannt sind, am sechzigsten Tag nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(2) Jede neue Vertragspartei nach Artikel 6, die nach Absatz 1 erklärt hat, daß dieses Übereinkommen auf einem Gebiet Anwendung findet, dessen internationale Beziehungen sie wahrnimmt, kann das Übereinkommen in bezug auf dieses Gebiet nach Artikel 8 kündigen.

Artikel 10

(1) Jede Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens wird, soweit möglich, durch Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien geregelt.

(2) Jede Meinungsverschiedenheit, die nicht durch Verhandlungen geregelt werden kann, wird auf Antrag einer der streitenden Vertragsparteien einem Schiedsverfahren unterworfen und demgemäß einem oder mehreren Schiedsrichtern unterbreitet, die von den streitenden Parteien im gegenseitigen Einvernehmen ausgewählt werden. Einigen sich innerhalb von drei Monaten nach dem Tag des Antrages auf ein Schiedsverfahren die streitenden Parteien nicht über die Wahl eines Schiedsrichters oder der Schiedsrichter, so kann jede dieser Parteien den Generalsekretär ersuchen, einen einzigen Schiedsrichter zu ernennen, dem der Streitfall zur Entscheidung überwiesen wird.

(3) Die Entscheidung des nach Absatz 2 bestellten Schiedsrichters oder der nach Absatz 2 bestellten Schiedsrichter ist für die streitenden Vertragsparteien bindend.

Article 11

1. Each new Contracting Party may, at the time of acceding to this Agreement, declare that it does not consider itself bound by Article 10 of the Agreement. Other Contracting Parties shall not be bound by Article 10 in respect of any new Contracting Party which has entered such a reservation.

2. Any Contracting Party having entered a reservation as provided for in paragraph 1 of this Article may at any time withdraw such reservation by notifying the Secretary-General.

3. No other reservation to this Agreement or to the Regulations annexed thereto shall be permitted; but any Contracting Party may, in accordance with the terms of Article 1, declare that it does not propose to apply certain of the Regulations or that it does not propose to apply any of them.

Article 11

1. Chaque nouvelle Partie contractante peut, au moment où elle adhère au présent Accord, déclarer qu'elle ne se considère pas liée par l'article 10 de l'Accord. Les autres Parties contractantes ne sont pas liées par l'article 10 envers toute Partie contractante qui a formulé une telle réserve.

2. Toute Partie contractante qui a formulé une réserve conformément au paragraphe 1 du présent article peut à tout moment lever cette réserve par une notification adressée au Secrétaire général.

3. Aucune autre réserve au présent Accord ou aux règlements qui y sont annexés n'est admise, mais toute Partie contractante a, conformément à l'article premier, la possibilité de déclarer qu'elle n'a pas l'intention d'appliquer certains de ces règlements ou qu'elle n'entend appliquer aucun d'entre eux.

Artikel 11

(1) Jede neue Vertragspartei kann bei ihrem Beitritt zu diesem Übereinkommen erklären, daß sie sich durch Artikel 10 nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsparteien sind gegenüber keiner neuen Vertragspartei, die einen solchen Vorbehalt geltend gemacht hat, durch Artikel 10 gebunden.

(2) Jede Vertragspartei, die einen Vorbehalt nach Absatz 1 geltend gemacht hat, kann diesen Vorbehalt jederzeit durch Notifikation an den Generalsekretär zurückziehen.

(3) Andere Vorbehalte zu diesem Übereinkommen oder den ihm angeschlossenen Regelungen sind nicht zulässig, jedoch kann jede Vertragspartei nach Artikel 1 erklären, daß sie von der Anwendung einiger oder aller dieser Regelungen absieht.

Article 12

The Regulations annexed to this Agreement may be amended in accordance with the following procedure:

1. Amendments to Regulations shall be established by the Administrative Committee as described in Article 1, paragraph 2 and in accordance with the procedure indicated in Appendix 1. Where necessary an amendment may include the existing requirements as an alternative. Contracting Parties shall specify which alternatives within the Regulations they will apply. Contracting Parties applying alternative(s) within a Regulation shall not be obliged to accept approvals to preceding alternative(s) within the same Regulation. Contracting Parties applying only the most recent amendments shall not be obliged to accept approvals to preceding amendments or to unamended Regulations. Contracting Parties applying an earlier series of amendments or the unamended Regulation shall accept approvals granted to a later amendment series. An amendment to the Regulation, after having been established, shall be communicated by the Administrative Committee to the Secretary-General. As soon as possible thereafter the Secretary-General shall give notification of this amendment to the Contracting Parties applying the Regulation.

2. An amendment to a Regulation will be considered to be adopted unless, within a period of six months from its notification by the Secretary-General, more than one-third of the Contracting Parties applying the Regulation at the time of notification have informed the Secretary-General of their disagreement with the amendment. If, after this period, the Secretary-General has not received de-

Article 12

La procédure d'amendement aux règlements qui sont annexés au présent Accord est régie par les dispositions suivantes:

1. Les amendements aux règlements sont arrêtés par le Comité d'administration conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'article premier et à la procédure indiquée dans l'appendice 1. Un amendement peut permettre, s'il y a lieu, de maintenir des prescriptions existantes à titre de variantes. Les Parties contractantes précisent quelles variantes elles appliqueront. Les Parties contractantes appliquant la (les) variante(s) dans le cadre d'un Règlement ne sont pas tenues d'accepter les homologations en vertu d'une (des) variante(s) antérieure(s) du même Règlement. Les Parties contractantes n'appliquant que les amendements les plus récents ne sont pas tenues d'accepter les homologations en vertu d'amendements antérieurs ou de règlements non modifiés. Toutes les Parties contractantes appliquant un règlement sont tenues d'accepter les homologations accordées selon l'amendement le plus récent même dans le cas où elles n'appliqueraient que l'un des amendements précédents à ce règlement. Après avoir été arrêté, tout amendement au règlement est adressé au Secrétaire général par le Comité d'administration. Le Secrétaire général notifie le plus tôt possible cet amendement aux Parties contractantes qui appliquent le règlement.

2. Un amendement à un règlement est réputé adopté si, dans un délai de six mois à compter de la date où le Secrétaire général en a donné notification, plus d'un tiers des Parties contractantes appliquant le règlement à la date de la notification n'ont pas notifié au Secrétaire général leur désaccord concernant l'amendement. Si à l'issue de cette période plus d'un tiers des Parties contrac-

Artikel 12

Die diesem Übereinkommen angeschlossenen Regelungen können nach folgendem Verfahren geändert werden:

1. Änderungen von Regelungen werden von dem Verwaltungsausschuß nach Artikel 1 Absatz 2 und nach dem in Anhang 1 genannten Verfahren erarbeitet. Gegebenenfalls kann eine Änderung die bestehenden Vorschriften als Alternative enthalten. Die Vertragsparteien geben an, welche Alternativen in den Regelungen sie anwenden werden. Vertragsparteien, die eine Alternative (Alternativen) in einer Regelung anwenden, sind nicht verpflichtet, Genehmigungen aufgrund einer vorhergehenden Alternative (vorhergehender Alternativen) in derselben Regelung anzuerkennen. Vertragsparteien, die lediglich die neuesten Änderungen anwenden, sind nicht verpflichtet, Genehmigungen aufgrund vorhergehender Änderungen oder Regelungen in ihrer ursprünglichen Fassung anzuerkennen. Vertragsparteien, die eine frühere Änderungsserie oder die Regelung in ihrer ursprünglichen Fassung anwenden, sind verpflichtet, Genehmigungen nach der neuesten Änderungsserie anzuerkennen. Eine abgestimmte Änderung der Regelung wird dem Generalsekretär vom Verwaltungsausschuß zugeleitet. Danach notifiziert der Generalsekretär den Vertragsparteien, die die Regelung anwenden, diese Änderung so schnell wie möglich.

2. Eine Änderung einer Regelung gilt als angenommen, sofern nicht innerhalb von sechs Monaten nach Notifikation durch den Generalsekretär mehr als ein Drittel der Vertragsparteien, die die Regelung zum Zeitpunkt der Notifikation anwenden, dem Generalsekretär mitgeteilt haben, daß sie der Änderung nicht zustimmen. Wenn der Generalsekretär nach Ablauf dieser Frist von weniger als

clarations of disagreement of more than one-third of the Contracting Parties applying the Regulation, the Secretary-General shall as soon as possible declare the amendment as adopted and binding upon those Contracting Parties applying the Regulation who did not declare themselves opposed to it. When a Regulation is amended and at least one-fifth of the Contracting Parties applying the unamended Regulation subsequently declare that they wish to continue to apply the unamended Regulation, the unamended Regulation will be regarded as an alternative to the amended Regulation and will be incorporated formally as such into the Regulation with effect from the date of adoption of the amendment or its entry into force. In this case the obligations of the Contracting Parties applying the Regulation shall be the same as set out in paragraph 1.

3. Should a new Contracting Party accede to this Agreement between the time of the notification of the amendment to a Regulation by the Secretary-General and its entry into force, the Regulation in question shall not enter into force for that Contracting Party until two months after it has formally accepted the amendment or two months after the lapse of a period of six months since the communication to that Party by the Secretary-General of the proposed amendment.

Article 13

The text of the Agreement itself and of its Appendices may be amended in accordance with the following procedure:

1. Any Contracting Party may propose one or more amendments to this Agreement and its Appendices. The text of any proposed amendment to the Agreement and its Appendices shall be transmitted to the Secretary-General, who shall transmit it to all Contracting Parties and inform all other countries referred to in paragraph 1 of Article 6 thereof.

2. Any proposed amendment circulated in accordance with paragraph 1 of this Article shall be deemed to be accepted if no Contracting Party expresses an objection within a period of six months following the date of circulation of the proposed amendment by the Secretary-General.

3. The Secretary-General shall, as soon as possible, notify all Contracting Parties whether an objection to the proposed amendment has been expressed. If an objection to the proposed amendment has been expressed, the amendment shall be deemed not to have been accepted, and shall be of no effect whatever. If no such objection has been expressed, the amendment shall enter into

tantes appliquant le règlement n'ont pas notifié au Secrétaire général leur désaccord, celui-ci déclare le plus tôt possible que l'amendement est adopté et obligatoire pour les Parties contractantes appliquant le règlement qui n'ont pas contesté l'amendement. Si un règlement fait l'objet d'un amendement et si au moins un cinquième des Parties contractantes qui en appliquent la version non amendée déclarent ultérieurement qu'elles souhaitent continuer de l'appliquer, cette version non amendée est considérée comme une variante de la version amendée et est incorporée formellement à ce titre dans le règlement avec prise d'effet à la date de l'adoption de l'amendement ou de son entrée en vigueur. Dans ce cas, les obligations des Parties contractantes appliquant le règlement sont les mêmes que celles énoncées au paragraphe 1.

3. Au cas où un pays serait devenu Partie à cet Accord entre la notification de l'amendement à un règlement adressée au Secrétaire général et l'entrée en vigueur de l'amendement, le règlement en cause ne pourrait entrer en vigueur à l'égard de cette Partie contractante que deux mois après qu'elle aurait accepté formellement l'amendement ou qu'un délai de six mois se serait écoulé depuis la communication que le Secrétaire général lui aurait faite du projet d'amendement.

Article 13

La procédure d'amendement au texte même de l'Accord et de ses appendices est régie par les dispositions suivantes:

1. Toute Partie contractante peut proposer un ou plusieurs amendements au présent Accord et ses appendices. Le texte de tout projet d'amendement à l'Accord et à ses appendices est adressé au Secrétaire général, qui le communique à toutes les Parties contractantes et le porte à la connaissance des autres Etats visés au paragraphe 1 de l'article 6.

2. Tout projet d'amendement qui a été transmis conformément au paragraphe 1 du présent article est réputé accepté si aucune Partie contractante ne formule d'objections dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle le Secrétaire général a transmis le projet d'amendement.

3. Le Secrétaire général adresse le plus tôt possible à toutes les Parties contractantes une notification pour leur faire savoir si une objection a été formulée contre le projet d'amendement. Si une telle objection a été formulée, l'amendement est considéré comme n'ayant pas été accepté et reste sans aucun effet. En l'absence d'objections, l'amendement entre en vigueur pour toutes les Parties

einem Drittel der Vertragsparteien, die diese Regelung anwenden, Erklärungen hinsichtlich der Nichtzustimmung erhalten hat, erklärt der Generalsekretär die Änderung so schnell wie möglich für angenommen und für verbindlich für die Vertragsparteien, die die Regelung anwenden und die sich nicht ablehnend geäußert haben. Wenn eine geänderte Regelung keine Wahlmöglichkeit enthält und mindestens ein Fünftel der Vertragsparteien, die die Regelung in ihrer ursprünglichen Fassung anwenden, anschließend erklären, daß sie die Regelung in ihrer ursprünglichen Fassung weiterhin anwenden möchten, gilt diese als Alternative gegenüber der geänderten Regelung und wird von dem Tag der Annahme der Änderung oder ihres Inkrafttretens als solche formal in die Regelung aufgenommen. In diesem Fall sind die Verpflichtungen der Vertragsparteien, die die Regelung anwenden, die gleichen wie die in Absatz 1 genannten.

3. Ist in der Zeit zwischen der Notifikation der Änderung einer Regelung durch den Generalsekretär und ihrem Inkrafttreten eine neue Vertragspartei diesem Übereinkommen beigetreten, so tritt die betreffende Regelung für diese Vertragspartei erst zwei Monate nach deren formgerechter Annahme der Änderung oder zwei Monate nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten, nachdem der Generalsekretär dieser Vertragspartei die vorgeschlagene Änderung übermittelt hat, in Kraft.

Artikel 13

Für das Verfahren zur Änderung des Übereinkommens selbst und seiner Anhänge gelten folgende Bestimmungen:

1. Jede Vertragspartei kann eine oder mehrere Änderungen dieses Übereinkommens und seiner Anhänge vorschlagen. Der Wortlaut jeder vorgeschlagenen Änderung des Übereinkommens und seiner Anhänge ist dem Generalsekretär zu übermitteln, der ihn an alle Vertragsparteien weiterleitet und alle anderen Länder nach Artikel 6 Absatz 1 davon unterrichtet.

2. Jeder nach Absatz 1 übermittelte Änderungsentwurf gilt als angenommen, wenn innerhalb von sechs Monaten nach dem Tag der Übermittlung des Änderungsentwurfes durch den Generalsekretär keine Vertragspartei Einwendungen erhebt.

3. Der Generalsekretär notifiziert so schnell wie möglich allen Vertragsparteien, wenn eine Einwendung gegen den Änderungsentwurf erhoben worden ist. Ist eine Einwendung gegen den Änderungsentwurf erhoben worden, so ist dieser als abgelehnt anzusehen und ist ohne jede Wirkung. Anderenfalls tritt die Änderung für alle Vertragsparteien drei Monate nach Ablauf der in Absatz 2

force for all Contracting Parties three months after the expiry of the period of six months referred to in paragraph 2 of this Article.

contractantes trois mois après l'expiration du délai de six mois prévu au paragraphe 2 du présent article.

vorgesehenen Frist von sechs Monaten in Kraft.

Article 14

In addition to the notifications provided for in Articles 1, 12 and 13 of this Agreement, the Secretary-General shall notify the Contracting Parties of:

(a) Accessions in accordance with Article 6;

(b) The dates of entry into force of this Agreement in accordance with Article 7;

(c) Denunciations in accordance with Article 8;

(d) Notifications received in accordance with Article 9;

(e) Declarations and notifications received in accordance with paragraphs 1 and 2 of Article 11;

(f) The entry into force of any amendment in accordance with paragraphs 1 and 2 of Article 12;

(g) The entry into force of any amendment in accordance with paragraph 3 of Article 13.

Article 14

Outre les notifications prévues aux articles premier, 12 et 13 du présent Accord, le Secrétaire général notifie aux Parties contractantes:

(a) les adhésions en vertu de l'article 6;

(b) les dates auxquelles le présent Accord doit entrer en vigueur conformément à l'article 7;

(c) les dénonciations en vertu de l'article 8;

(d) les notifications reçues conformément à l'article 9;

(e) les déclarations et notifications reçues conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 11;

(f) l'entrée en vigueur de tout amendement conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 12;

(g) l'entrée en vigueur de tout amendement conformément au paragraphe 3 de l'article 13.

Artikel 14

Außer den in den Artikeln 1, 12 und 13 vorgesehenen Notifikationen notifiziert der Generalsekretär den Vertragsparteien

a) die Beitritte nach Artikel 6;

b) die Daten des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach Artikel 7;

c) die Kündigungen nach Artikel 8;

d) die eingegangenen Notifikationen nach Artikel 9;

e) die Erklärungen und Notifikationen nach Artikel 11 Absätze 1 und 2;

f) das Inkrafttreten jeder Änderung nach Artikel 12 Absätze 1 und 2;

g) das Inkrafttreten jeder Änderung nach Artikel 13 Absatz 3.

Article 15

1. If at the date the above provisions come into effect the procedures envisaged in Article 1, paragraphs 3 and 4 of the unamended Agreement are under way for adopting a new Regulation, the said new Regulation shall enter into force under the provisions of paragraph 5 of the said Article.

2. If at the date the above provisions come into effect, the procedures envisaged in Article 12, paragraph 1 of the unamended Agreement are under way for the adoption of an amendment to a Regulation, the said amendment shall enter into force under the provisions of the said Article.

3. If all Contracting Parties to the Agreement agree, any Regulation adopted under the terms of the unamended Agreement may be treated as though it were a Regulation adopted under the terms of the above provisions.

Article 15

1. Si à la date d'entrée en vigueur des dispositions ci-dessus, les procédures prévues aux paragraphes 3 et 4 de l'article premier de l'Accord non modifié sont en cours aux fins de l'adoption d'un nouveau règlement, le nouveau règlement entrera en vigueur conformément aux dispositions du paragraphe 5 dudit article.

2. Si à la date d'entrée en vigueur des dispositions ci-dessus, les procédures prévues au paragraphe 1 de l'article 12 de l'Accord non modifié sont en cours aux fins de l'adoption d'un amendement à un règlement, l'amendement entrera en vigueur conformément aux dispositions dudit article.

3. Si toutes les Parties à l'Accord en conviennent, tout règlement adopté en vertu de l'Accord non modifié peut être considéré comme un règlement adopté conformément aux dispositions ci-dessus.

Artikel 15

(1) Sind zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der obenstehenden Vorschriften die in der ursprünglichen Fassung des Übereinkommens in Artikel 1 Absätze 3 und 4 genannten Verfahren für die Annahme einer neuen Regelung bereits eingeleitet, tritt diese neue Regelung nach Artikel 1 Absatz 5 in Kraft.

(2) Sind zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der obenstehenden Vorschriften die in der ursprünglichen Fassung des Übereinkommens in Artikel 12 Absatz 1 genannten Verfahren für die Annahme einer Änderung einer Regelung bereits eingeleitet, tritt diese Änderung nach Artikel 12 in Kraft.

(3) Stimmen alle Vertragsparteien zu, kann jede Regelung, die nach der ursprünglichen Fassung des Übereinkommens angenommen worden ist, so behandelt werden, als ob sie nach den obenstehenden Vorschriften angenommen worden wäre.

Appendix 1

Composition and Rules of Procedure of the Administrative Committee

Article 1

The members of the Administrative Committee shall be composed of all the Contracting Parties to the amended Agreement.

Article 2

The Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe shall provide the Committee with secretariat services.

Article 3

The Committee shall, at its first session each year, elect a chairman and vice-chairman.

Article 4

The Secretary-General of the United Nations shall convene the Committee under the auspices of the Economic Commission for Europe whenever a new Regulation or an amendment to a Regulation is required to be established.

Article 5

Proposed new Regulations shall be put to the vote. Each country, Contracting Party to the Agreement shall have one vote. A quorum consisting of not less than half of the Contracting Parties is required for the purposes of taking decisions. For the determination of the quorum regional economic integration organizations, being Contracting Parties to the Agreement, vote with the number of votes of their Member States. The representative of a regional economic integration organization may deliver the votes of its constituent sovereign countries. New Draft Regulations shall be established by a two-thirds majority of those present and voting.

Article 6

Proposed amendments to Regulations shall be put to the vote. Each country, Contracting Party to the Agreement applying the Regulation shall have one vote. A quorum of not less than half of the Contracting Parties applying the Regulation is required for the purposes of taking decisions. For the determination of the quorum, regional economic integration organizations, being Contracting Parties to the Agreement, vote with the number of votes of their Member States. The representative of a regional economic

Appendice 1

Composition et règlement intérieur du Comité d'administration

Article premier

Le Comité d'administration est composé de toutes les Parties à l'Accord amendé.

Article 2

Le Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe fournit au Comité des services de secrétariat.

Article 3

Le Comité élit chaque année, à sa première session, un président et un vice-président.

Article 4

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies réunit le Comité sous les auspices de la Commission économique pour l'Europe chaque fois qu'il y a lieu d'établir un nouveau règlement ou d'apporter un amendement à un règlement.

Article 5

Les projets tendant à l'adoption de nouveaux règlements sont mis aux voix. Chaque pays, Partie à l'Accord dispose d'une voix. Le quorum nécessaire pour prendre des décisions est constitué par au moins la moitié des Parties contractantes. Pour le calcul du quorum, les organisations d'intégration économique régionale, en tant que Parties contractantes à l'Accord, disposent d'autant de voix qu'elles comptent d'Etats membres. Le représentant d'une organisation d'intégration économique régionale peut exprimer les votes des Etats souverains qui en sont membres. Pour être adopté, tout nouveau projet de règlement doit recueillir les deux tiers des voix des membres présents et votants.

Article 6

Les projets tendant à apporter des amendements à des règlements sont mis aux voix. Chaque pays, Partie à l'Accord appliquant le règlement dispose d'une voix. Le quorum nécessaire pour prendre des décisions est constitué par au moins la moitié des Parties contractantes appliquant le règlement. Pour le calcul du quorum, les organisations d'intégration économique régionale en tant que Parties contractantes à l'Accord, disposent d'autant de voix qu'elles comptent d'Etats membres. Le représentant

Anhang 1

Zusammensetzung und Verfahrensregeln für den Verwaltungsausschuß

Artikel 1

Dem Verwaltungsausschuß gehören alle Vertragsparteien des geänderten Übereinkommens an.

Artikel 2

Der Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa stellt die Erledigung der Sekretariatsarbeiten für den Ausschuß sicher.

Artikel 3

Der Ausschuß wählt jedes Jahr auf seiner ersten Sitzung einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Artikel 4

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen beruft Sitzungen des Ausschusses unter der Schirmherrschaft der Wirtschaftskommission für Europa ein, sobald eine neue Regelung oder eine Änderung einer Regelung angenommen werden soll.

Artikel 5

Entwürfe für neue Regelungen werden zur Abstimmung vorgelegt. Jedes Land hat als Vertragspartei des Übereinkommens eine Stimme. Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Vertragsparteien anwesend ist. Dabei stimmen Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind, mit der Stimmenzahl ihrer Mitgliedstaaten ab. Der Vertreter einer Organisation für regionale Wirtschaftsintegration kann im Namen ihrer souveränen Mitgliedstaaten die Stimmabgabe vornehmen. Für die Annahme neuer Regelungsentwürfe ist eine Zweidrittelmehrheit der von den Anwesenden abgegebenen Stimmen erforderlich.

Artikel 6

Änderungsentwürfe zu Regelungen werden zur Abstimmung vorgelegt. Jedes Land hat als Vertragspartei des Übereinkommens, die die Regelung anwendet, eine Stimme. Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Vertragsparteien, die die Regelung anwenden, anwesend ist. Dabei stimmen Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind, mit der Stimmenzahl ihrer Mitgliedstaaten ab. Der Vertreter einer Organisation

integration organization may deliver the votes of those of its constituent sovereign countries which apply the Regulation. Draft Amendments to Regulations shall be established by a two-thirds majority of those present and voting.

d'une organisation d'intégration économique régionale peut exprimer les votes de ceux de ses Etats membres souverains qui appliquent le règlement en cause. Pour être adopté, tout projet d'amendement au règlement doit recueillir les deux tiers des voix des membres présents et votants.

für regionale Wirtschaftsintegration kann im Namen ihrer souveränen Mitgliedstaaten, die die Regelung anwenden, die Stimmabgabe vornehmen. Für die Annahme von Änderungsentwürfen zu Regelungen ist eine Zweidrittelmehrheit der von den Anwesenden abgegebenen Stimmen erforderlich.

Appendix 2
Conformity of Production Procedures

1. Initial Assessment

1.1. The approval authority of a Contracting Party must verify – before granting type approval – the existence of satisfactory arrangements and procedures for ensuring effective control so that vehicles, equipment or parts when in production conform to the approved type.

1.2. The requirement in paragraph 1.1. must be verified to the satisfaction of the authority granting type approval but may also be verified, on behalf and at the request of the authority granting type approval, by the approval authority of another Contracting Party. In that case, the latter approval authority prepares a statement of compliance outlining the areas and production facilities it has covered as relevant to the product(s) to be type approved.

1.3. The approval authority must also accept the manufacturer's registration to harmonized standard ISO 9002 (the scope of which covers the product(s) to be approved) or an equivalent accreditation standard as satisfying the requirements of paragraph 1.1. The manufacturer must provide details of the registration and undertake to inform the approval authority of any revisions to its validity or scope.

1.4. On receiving an application from the authority of another Contracting Party the approval authority shall send forthwith the statement of compliance mentioned in the last sentence of paragraph 1.2. or advise that it is not in a position to provide such a statement.

2. Conformity of Production

2.1. Every vehicle, equipment or part approved under Regulation annexed to this Agreement must be so manufactured as to conform to the type ap-

Appendice 2
Procédures de contrôle de la conformité de production

1. Evaluation initiale

1.1. L'autorité d'homologation d'une Partie contractante doit vérifier – avant la délivrance d'une homologation de type – s'il existe des dispositions et des procédures satisfaisantes pour assurer un contrôle efficace, de telle sorte que les véhicules, équipements ou pièces en cours de production soient conformes au type homologué.

1.2. Il convient que soit vérifié à la satisfaction de l'autorité délivrant l'homologation de type si l'exigence énoncée au paragraphe 1.1. est remplie, mais cette vérification peut aussi être effectuée, au nom et à la demande de l'autorité délivrant l'homologation de type, par l'autorité d'homologation d'une autre Partie contractante. Dans ce cas, cette dernière autorité d'homologation établit une déclaration de conformité indiquant les zones et unités de production qu'elle a visitées en ce qui concerne le(s) produit(s) faisant l'objet d'une demande d'homologation de type.

1.3. L'autorité d'homologation doit aussi accepter l'enregistrement du fabricant au titre de la norme ISO harmonisée 9002 (qui couvre le/les produit(s) à homologuer) ou d'une norme d'homologation équivalente comme satisfaisant aux prescriptions visées au paragraphe 1.1. Le fabricant doit fournir les renseignements relatifs à l'enregistrement et s'engager à informer l'autorité d'homologation de toute modification ayant une incidence sur la validité ou l'objet de l'enregistrement.

1.4. Dès réception d'une demande émanant de l'autorité d'une autre Partie contractante, l'autorité d'homologation envoie la déclaration de conformité visée dans la dernière phrase du paragraphe 1.2., ou indique qu'elle n'est pas en mesure de fournir une telle déclaration.

2. Conformité de la production

2.1. Tout véhicule, équipement ou pièce, homologué en vertu du présent Accord ou d'un règlement distinct, doit être fabriqué de manière à être

Anhang 2
Verfahren für die Übereinstimmung der Produktion

1 Erstbeurteilung

1.1 Die Genehmigungsbehörde einer Vertragspartei muß vor Erteilung der Typgenehmigung prüfen, ob ausreichende Regelungen und Verfahren für eine wirksame Kontrolle vorhanden sind, damit die Fahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile, wenn sie hergestellt werden, dem genehmigten Typ entsprechen.

1.2 Die Einhaltung der Vorschrift des Absatzes 1.1 muß nach den Weisungen der Behörde überprüft werden, die die Typgenehmigung erteilt, sie kann aber auch im Auftrag und auf Veranlassung der Behörde, die die Typgenehmigung erteilt, von der Genehmigungsbehörde einer anderen Vertragspartei überprüft werden. In diesem Fall formuliert diese Genehmigungsbehörde eine Erklärung über die Einhaltung der Vorschrift, in der sie die von ihr berücksichtigten Bereiche und Produktionsanlagen beschreibt, die für das Produkt (die Produkte), für das (die) eine Typgenehmigung erteilt werden soll, von Bedeutung sind.

1.3 Die Genehmigungsbehörde muß auch die Registrierung des Herstellers im Zusammenhang mit der harmonisierten ISO-Norm 9002 (deren Anwendungsbereich das zu genehmigende Produkt (die zu genehmigenden Produkte) umfaßt) oder einer gleichwertigen Akkreditierungsnorm als Einhaltung der Vorschriften des Absatzes 1.1 anerkennen. Der Hersteller muß genaue Angaben über die Registrierung machen und sich verpflichten, der Genehmigungsbehörde alle Änderungen hinsichtlich ihrer Gültigkeit oder ihres Anwendungsbereiches mitzuteilen.

1.4 Nach Erhalt eines Ersuchens von der Behörde eines anderen Mitgliedstaates übersendet ihr die Genehmigungsbehörde unverzüglich die im letzten Satz des Absatzes 1.2 genannte Erklärung über die Einhaltung der Vorschriften oder teilt ihr mit, daß sie nicht in der Lage ist, eine solche Erklärung abzugeben.

2 Übereinstimmung der Produktion

2.1 Jedes Fahrzeug, jeder Ausrüstungsgegenstand oder jedes Teil, das nach einer diesem Übereinkommen angeschlossenen Regelung geneh-

proved by meeting the requirements of this Appendix and of the said Regulation.

conforme au type homologué et doit satisfaire aux prescriptions de la présente annexe et de tout règlement distinct.

migt wurde, muß so beschaffen sein, daß es dem genehmigten Typ insofern entspricht, als die Vorschriften dieses Anhanges und der betreffenden Regelung eingehalten sind.

2.2. The approval authority of a Contracting Party granting a type approval pursuant to a Regulation annexed to this Agreement must verify the existence of adequate arrangements and documented control plans, to be agreed with the manufacturer for each approval, to carry out at specified intervals those tests or associated checks necessary to verify continued conformity with the approved type, including, specifically, where applicable, tests specified in the said Regulation.

2.2. L'autorité d'homologation d'une Partie contractante qui délivre une homologation de type doit s'assurer s'il existe des dispositions adéquates et des programmes d'inspection documentés, à convenir avec le fabricant pour chaque homologation, afin que soient effectués à des intervalles spécifiés les essais ou contrôles connexes nécessaires pour vérifier si la production reste conforme au type homologué, y compris, le cas échéant, les essais spécifiés dans le règlement distinct.

2.2 Die Genehmigungsbehörde einer Vertragspartei, die eine Typgenehmigung nach einer diesem Übereinkommen angeschlossenen Regelung erteilt, muß prüfen, ob ausreichende Regelungen und durch Unterlagen belegte Überprüfungsmaßnahmen vorhanden sind, die bei jeder Genehmigung mit dem Hersteller abzustimmen sind und anhand deren diese Prüfungen oder die damit verbundenen Nachprüfungen, die für die Überprüfung der ständigen Übereinstimmung mit dem genehmigten Typ erforderlich sind, sowie gegebenenfalls die in der betreffenden Regelung vorgeschriebenen Prüfungen in bestimmten Abständen durchgeführt werden.

2.3. The holder of the approval must in particular:

2.3. Le détenteur de l'homologation est notamment tenu:

2.3 Der Inhaber der Genehmigung muß vor allem:

2.3.1. Ensure the existence of procedures for effective control of the conformity of products (vehicles, equipment or parts) to the type approval;

2.3.1. De veiller à l'existence de procédures de contrôle efficace de la conformité des produits (véhicules, équipements ou pièces) à l'homologation de type.

2.3.1 sicherstellen, daß Verfahren für die wirksame Kontrolle der Übereinstimmung der Produkte (Fahrzeug, Ausrüstungsgegenstände oder Teile) mit der Typgenehmigung vorhanden sind;

2.3.2. Have access to the testing equipment necessary for checking the conformity to each approved type;

2.3.2. D'avoir accès à l'équipement nécessaire au contrôle de la conformité à chaque type homologué.

2.3.2 Zugang zu den Prüfgeräten haben, die für die Überprüfung der Übereinstimmung mit jedem genehmigten Typ erforderlich sind;

2.3.3. Ensure that test results' data are recorded and that annexed documents remain available for a period to be determined in agreement with the approval authority. This period must not exceed 10 years;

2.3.3. De veiller à ce que les données concernant les résultats des essais soient enregistrées et à ce que les documents annexés soient tenus à disposition pendant une période fixée en accord avec l'autorité d'homologation. Cette période ne devra pas dépasser dix ans.

2.3.3 sicherstellen, daß die Prüfungsergebnisse aufgezeichnet werden und beigefügte Unterlagen während eines im Einvernehmen mit der Genehmigungsbehörde festzulegenden Zeitraumes verfügbar bleiben. Dieser Zeitraum darf nicht mehr als zehn Jahre betragen;

2.3.4. Analyze results of each type of test, in order to verify and ensure the stability of the product characteristics, making allowance for variation of an industrial production;

2.3.4. D'analyser les résultats de chaque type d'essai, afin de contrôler et d'assurer la stabilité des caractéristiques du produit, eu égard aux variations inhérentes à une production industrielle.

2.3.4 die bei jeder Art der Prüfungen erzielten Ergebnisse analysieren, um die Beständigkeit der Eigenschaften des Produktes zu überprüfen und zu gewährleisten, wobei zulässige Abweichungen bei der industriellen Fertigung zu berücksichtigen sind;

2.3.5. Ensure that for each type of product, at least the checks prescribed in this Appendix and the tests prescribed in the applicable Regulations are carried out;

2.3.5. De faire en sorte que, pour chaque type de produit, soient effectués au moins des contrôles prescrits dans le présent appendice et les essais prescrits dans les règlements distincts applicables.

2.3.5 sicherstellen, daß bei jedem Typ des Produktes zumindest die in diesem Anhang vorgeschriebenen Prüfungen und die in den entsprechenden Regelungen vorgeschriebenen Prüfungen durchgeführt werden;

2.3.6. Ensure that any set of samples or test pieces giving evidence of non conformity in the type of test in question gives rise to a further sampling and test. All the necessary steps must be taken to restore conformity of the corresponding production.

2.3.6. De faire en sorte que tout prélèvement d'échantillons ou d'éprouvettes mettant en évidence la non-conformité pour le type d'essai considéré soit suivi d'un nouvel échantillonnage et d'un nouvel essai. Toutes les dispositions nécessaires seront prises pour rétablir la conformité de la production correspondante.

2.3.6 sicherstellen, daß eine weitere Stichprobe und eine weitere Prüfung veranlaßt werden, wenn sich bei einem Satz Muster oder Prüfstücke die fehlende Übereinstimmung bei der betreffenden Art der Prüfung herausstellt. Es sind alle erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Übereinstimmung der entsprechenden Produktion zu treffen.

2.4. The authority which has granted type approval may at any time verify

2.4. L'autorité qui a délivré l'homologation de type peut vérifier à tout mo-

2.4 Die Behörde, die die Typgenehmigung erteilt hat, kann jederzeit die in

the conformity control methods applied in each production facility. The normal frequency of these verifications must be consistent with the arrangements (if any) accepted under paragraph 1.2. or 1.3. of this Appendix and be such as to ensure that the relevant controls are reviewed over a period consistent with the climate of trust established by the approval authority.

2.4.1. At every inspection, the test records and production records must be available to the visiting inspector.

2.4.2. Where the nature of the test is appropriate, the inspector may select samples at random to be tested in the manufacturer's laboratory (or by the Technical Service where the Regulation annexed to this Agreement so provides). The minimum number of samples may be determined according to the results of the manufacturer's own verification.

2.4.3. Where the level of control appears unsatisfactory, or when it seems necessary to verify the validity of the tests carried out in application of paragraph 2.4.2., the inspector must select samples to be sent to the Technical Service which conducts the type approval tests.

2.4.4. The approval authority may carry out any check or test prescribed in this Appendix or in the applicable Regulation annexed to this Agreement.

2.4.5. In cases where unsatisfactory results are found during an inspection, the approval authority must ensure that all necessary steps are taken to restore conformity of production as rapidly as possible.

ment les méthodes de contrôle de conformité appliquées dans chaque unité de production. La fréquence normale de ces vérifications doit être compatible avec les (éventuelles) dispositions acceptées conformément aux paragraphes 1.2. ou 1.3. de la présente annexe et doit être de nature à assurer que les contrôles pertinents soient examinés au cours d'une période compatible avec le climat de confiance créé par l'autorité d'homologation.

2.4.1. Lors de chaque inspection, les registres d'essais et les registres de production doivent être mis à la disposition de l'inspecteur.

2.4.2. Quand la nature de l'essai s'y prête, l'inspecteur peut prélever au hasard des échantillons qui seront essayés dans le laboratoire du fabricant (ou dans le service technique éventuellement prévu dans le règlement formant annexe au présent Accord). Le nombre minimum d'échantillons peut être déterminé en fonction des résultats des contrôles effectués par le fabricant lui-même.

2.4.3. Quand le niveau de contrôle n'apparaît pas satisfaisant ou quand il semble nécessaire de vérifier la validité des essais effectués en application du paragraphe 2.4.2., l'inspecteur doit prélever des échantillons qui sont envoyés au service technique pour qu'il effectue les essais d'homologation de type.

2.4.4. L'autorité d'homologation peut effectuer tout contrôle ou essai prescrit dans le présent appendice ou dans le règlement formant annexe au présent Accord.

2.4.5. Quand des résultats obtenus au cours d'une inspection ne sont pas jugés satisfaisants, l'autorité d'homologation doit veiller à ce que toutes les dispositions nécessaires soient prises pour rétablir aussi rapidement que possible la conformité de production.

jeder Produktionsanlage angewandten Verfahren zur Kontrolle der Übereinstimmung überprüfen. Die normale Häufigkeit dieser Überprüfungen muß mit den nach Absatz 1.2 oder 1.3 dieses Anhanges anerkannten Regelungen (falls solche vorhanden sind) vereinbar und so gewählt sein, daß gewährleistet ist, daß die entsprechenden Kontrollen in einem Zeitraum überprüft werden, der mit dem von der Genehmigungsbehörde geschaffenen Vertrauensklima vereinbar ist.

2.4.1 Bei jeder Überprüfung müssen die Prüf- und Fertigungsunterlagen dem betreffenden Prüfer zur Verfügung gestellt werden.

2.4.2 Je nach Art der Prüfung kann der Prüfer stichprobenweise Muster für die Prüfung im Labor des Herstellers (oder die Prüfung durch den Technischen Dienst, wenn dies in der Regelung, die diesem Übereinkommen angeschlossen ist, so vorgesehen ist) auswählen. Die Mindestzahl der Muster kann jedoch nach den Ergebnissen der eigenen Überprüfung des Herstellers festgelegt werden.

2.4.3 Erscheint der Grad der Kontrolle unzureichend oder wird es für notwendig erachtet, die Gültigkeit der Prüfungen nach Absatz 2.4.2 zu überprüfen, muß der Prüfer Muster auswählen, die dem Technischen Dienst zugesandt werden, der die Prüfungen für die Typgenehmigung durchführt.

2.4.4 Die Genehmigungsbehörde kann jede Nachprüfung oder Prüfung durchführen, die in dieser Anlage oder in der betreffenden Regelung, die diesem Übereinkommen angeschlossen ist, vorgeschrieben ist.

2.4.5 Sind bei einer Überprüfung die Ergebnisse nicht zufriedenstellend, so muß die Genehmigungsbehörde sicherstellen, daß alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, damit die Übereinstimmung der Produktion so schnell wie möglich wiederhergestellt wird.

Denkschrift zum geänderten Übereinkommen

I. Allgemeines

Das „Übereinkommen über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung" vom 20. März 1958 ist unter Anwendung seines Artikels 13 geändert worden.

Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete das Übereinkommen am 19. Juni 1958 in Genf. Die gesetzgebenden Körperschaften stimmten durch Gesetz vom 12. Juni 1965 zu (BGBl. II S. 857). Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 29. November 1965 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden. Das Übereinkommen trat für die Bundesrepublik Deutschland am 28. Januar 1966 in Kraft.

Das Übereinkommen bezweckt die Festlegung einheitlicher technischer Vorschriften für die Genehmigung von Teilen und Ausrüstungsgegenständen von Kraftfahrzeugen sowie die gegenseitige Anerkennung der auf dieser Grundlage erteilten Genehmigungen durch die Vertragsstaaten mit dem Ziel, den Handel mit Kraftfahrzeugen bzw. Teilen/Zubehör zwischen den Vertragsparteien zu erleichtern und zu liberalisieren.

Im Geltungsbereich des Übereinkommens, dem bisher 28 europäische Staaten beigetreten sind, werden von bisher etwa einhundert dem Übereinkommen angeschlossenen Regelungen, die kontinuierlich dem Stand der Technik angepaßt werden, über 80 Regelungen durch die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig angewendet.

Diese internationale technische Harmonisierung der Kraftfahrzeuge, insbesondere zur Lichttechnik, zu Brems- und Lenkanlagen oder zu Abgasemissionen, ist auf die Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit, des Umweltschutzes und des Energiesparens gerichtet. Die Bundesrepublik Deutschland ist an der Vereinheitlichung der technischen Bedingungen und an der gegenseitigen Anerkennung der Genehmigungen als größter europäischer Hersteller von Kraftfahrzeugen besonders interessiert, da auf der Grundlage des Übereinkommens erteilte Genehmigungen von allen Anwenderstaaten anerkannt werden müssen. Gleichzeitig ist es für die Bundesrepublik Deutschland wichtig, als bedeutendes Transitland in Europa auf das Niveau der technischen Sicherheit bei Straßenfahrzeugen Einfluß nehmen zu können.

Ziel der jetzigen Änderung des Übereinkommens ist es, den Anwendungsbereich, der bisher auf Kraftfahrzeugteile und Ausrüstungsgegenstände bezogen war, auf Kraftfahrzeuge insgesamt auszuweiten, das Verfahren zur Entwicklung neuer und Weiterentwicklung vorhandener Regelungen zu straffen sowie eine weltweite Harmonisierung der fahrzeugtechnischen Vorschriften durch den möglichen Beitritt von außereuropäischen UN-Mitgliedstaaten sowie von Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration zu erreichen. Das bedeutet einen weiteren Abbau technischer Handelshemmnisse für Kraftfahrzeuge europäischer Produktion auf außereuropäischen Märkten.

Die Umsetzung des geänderten Übereinkommens in nationales Recht sichert der Bundesrepublik Deutschland auch den erforderlichen Einfluß auf die Integration technischer Entwicklungen im Kraftfahrzeugbau in das Regelwerk. Innovative Entwicklungen können so in kurzer Zeit die Genehmigungsfähigkeit und damit Marktfähigkeit erreichen.

II. Besonderes

Im einzelnen ist zu bemerken:

Zu Artikel 1:

Der Anwendungsbereich des Übereinkommens wird von bisher Ausrüstungsgegenständen und Teilen für Kraftfahrzeuge zusätzlich auf komplette Radfahrzeuge ausgeweitet.

Die Regelungen können durch die Vertragsstaaten sowohl nach dem bisherigen Typgenehmigungsverfahren als auch alternativ nach anderen verwaltungstechnischen Verfahren, wie der Selbstzertifizierung, angewendet werden. Anstelle der bisherigen Initiative einzelner Vertragsparteien wird zur Festsetzung von technischen Vorschriften (Regelungen) ein Verwaltungsausschuß, dem alle Vertragsparteien angehören, eingesetzt, der mit einem festgelegten Abstimmungsverfahren über die Annahme entscheidet.

Angenommene Regelungen treten für Vertragsparteien nicht mehr wie bisher durch Anwendungserklärungen, sondern für die Vertragsparteien in Kraft, die nicht notifiziert haben, daß sie den Regelungen nicht zustimmen.

Diese Änderungen zielen auf die Straffung des Verfahrens zur Entwicklung neuer und Weiterentwicklung vorhandener Regelungen.

Zu den Artikeln 2 und 3:

Definiert wird das Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung von erteilten Genehmigungen im Rahmen des Typgenehmigungsverfahrens, bei dem die nationale Genehmigungsbehörde im Ergebnis vorgeschriebener Prüfungen die Übereinstimmung mit den Vorschriften der betreffenden Regelungen erklärt.

Das Verfahren hinsichtlich der Gewährleistung der Übereinstimmung der Produktion wurde an die Rechtsvorschriften der Europäischen Union (Anhang X der Rahmenrichtlinie 92/53/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger) angepaßt.

Zu Artikel 4:

Konnte bei festgestellten Abweichungen vom genehmigten Typ bisher der Verkauf und die Verwendung der betreffenden Fahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder -teile unter Gesichtspunkten der Gefährdung der Straßenverkehrssicherheit untersagt werden, so ist dies nunmehr auch bei Verdacht einer Umweltgefährdung zulässig.

Zu Artikel 5:

Die hier erwähnten Auskünfte über Erteilung, Versagung oder Zurücknahme von Genehmigungen übersenden die zuständigen Behörden der Vertragsparteien den anderen

zuständigen Behörden der Vertragsparteien, die die Regelungen anwenden.

Zu Artikel 6:

Durch diesen Artikel wurde der Beitritt über den bisherigen Vertragsstaatenkreis von ECE-Mitgliedstaaten hinaus ermöglicht für alle UN-Mitgliedstaaten, die nach Art. 8 der ECE-Geschäftsordnung an den Arbeiten der ECE teilnehmen können, sowie für Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration, also insbesondere für die EU. Dadurch wird eine weltweite Harmonisierung der kraftfahrzeugtechnischen Vorschriften ebenso angestrebt, wie Ex- und Importerleichterungen verbunden mit positiven Auswirkungen auf den außereuropäischen Handel mit Kraftfahrzeugen und -teilen.

Zu Artikel 7:

Dieser Artikel regelt die Fristen zur Inkraftsetzung des geänderten Übereinkommens für die bisherigen Vertragsparteien sowie beim Beitritt von neuen Vertragsparteien.

Zu den Artikeln 8 bis 11:

Die Texte dieser Artikel stimmen überein mit den Texten im Übereinkommen in seiner ursprünglichen Fassung.

Diese Artikel regeln Verfahren für die Vertragsparteien zur Kündigung des Übereinkommens, zum Anwendungsgebiet bei den Vertragsparteien sowie zur Klärung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien.

Zu Artikel 12:

Zur Änderung von Regelungen wird ein neues Verfahren eingeführt. Anstelle der bisherigen Initiative einzelner Vertragsparteien werden Änderungen von Regelungen in dem Verwaltungsausschuß nach Artikel 1 abgestimmt. Die Änderung des Verfahrens ermöglicht auch Vertragsstaaten, die aufgrund des eigenen Standes der Technik nicht sofort die neuesten Vorschriften anwenden wollen, frühere Änderungsserien einer Regelung mit geringeren Anforderungen anzuwenden. Gleichzeitig sind dann jedoch Genehmigungen anderer Vertragsstaaten, die nach den neuesten Vorschriften erteilt worden sind, zu akzeptieren.

Zu Artikel 13:

Dieser Artikel regelt das Verfahren zur Änderung des Übereinkommens selbst. Der Text dieses Artikels stimmt überein mit dem Text im Übereinkommen in seiner ursprünglichen Fassung.

Zu Artikel 14:

Dieser Artikel regelt die durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen vorzunehmenden Notifikationen. Der Inhalt dieses Artikels stimmt überein mit dem Inhalt im Übereinkommen in seiner ursprünglichen Fassung.

Zu Artikel 15:

Dieser Artikel enthält Übergangsvorschriften für den Zeitpunkt des Inkrafttretens des geänderten Übereinkommens für das Verfahren zur Annahme neuer Regelungen sowie Änderungen von Regelungen



Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 62170126 10. 96
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333